

# SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## Ecopop-Initiative 4-5

Die Initiative schiesst weit übers Ziel hinaus.



## Unsere Sicherheit 8-9

Für eine glaubwürdige Armee.



## Kantonale Wahlen 14-15

Eine Zwischenbilanz.



# Für eine glaubwürdige Armee



Die SVP steht dezidiert zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und zu einer schlagkräftigen Armee. Diese ist der wichtigste Garant für Sicherheit und hat insbesondere in Krisenlagen den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Im Nachgang zur Volksabstimmung vom 18. Mai 2014, in welcher der Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen abgelehnt wurde, hat die SVP ihr sicherheitspo-

litisches Positionspapier nachgeführt und die Eckpunkte für eine glaubwürdige Armee festgehalten.

Die internationale Lage wird auch in den nächsten Jahren äusserst unsicher bleiben. Eine glaubwürdige Milizarmee bleibt deshalb von grösster Bedeutung für die Sicherheit von Land und Leuten. Die Weichen für die künftige Sicherheitspolitik müssen nun in die richtige Richtung gestellt werden.

**dietschi**  
PRINT&DESIGN OLTEN

ss prime insight

KLEIN FEIN

**MEHR ALS EINE DRUCKEREI**

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG  
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten  
T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

# 2 Editorial

## Die SVP in den Schweizer Medien im Juni 2014



## Das Wort des Parteipräsidenten

### Volksentscheide durchsetzen!



In Bern werden immer öfters Volksentscheide nicht mehr ernstgenommen. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, der die SVP mit aller Kraft Einhalt gebieten muss.

#### Ausschaffung krimineller Ausländer

So hat kürzlich eine vorberatende Kommission im Ständerat beschlossen, die Verfassungsbestimmung zur Ausschaffung krimineller Ausländer nicht gemäss dem Volkswillen umzusetzen. 6 Ständeräte wollten unsere Durchsetzungsinitiative sogar ganz für ungültig erklären. Solche Ständeräte werden zu Totengräbern der direkten Demokratie. Es sind dies: Verena Diener (GLP, ZH), Christine Egerszegi (FDP, AG), Fillippo Lombardi (CVP, TI), Robert Cramer (GE), sowie die SP-Ständeräte Hans Stöckli (BE) und Paul Rechsteiner (SG).

Damit wird klar, dass wir die Durchsetzungsinitiative vor das Volk ziehen müssen.

#### Umsetzung Massenzuwanderungsinitiative

Auch bei der Massenzuwanderungsinitiative offenbart sich eine bedenkliche Entwicklung. Während der innenpolitische Gesetzgebungsprozess auf die lange Bank geschoben wird, will der Bundesrat noch in diesem Herbst mit der EU über das Freizügigkeitsabkommen verhandeln. Das logische Vorgehen wäre eine rasche Gesetzesberatung im Inland und darauf abgestützt ein Verhandlungsmandat mit der EU. Stattdessen gibt der Bundesrat bereits jetzt leichtfertig Verhandlungstrümpfe aus der Hand, so die Unternehmensbesteuerung, bei der die EU Bittstellerin ist.

Damit wird ein frühzeitiges Scheitern von Verhandlungen über die Freizügigkeit in Kauf genommen. Ziel ist dabei, im Rahmen eines institutionellen Paketes den Stimmbürgern die Personenfreizügigkeit erneut vorzulegen und den neuen Verfassungsartikel rückgängig zu machen. Für diesen Fall ist die SVP bereit, die Aufkündigung des Freizügigkeitsabkommens anzugehen.

Ins Bild passt, dass in Bundesbern derzeit eine Arbeitsgruppe heimlich am Abbau der Volksrechte werkelt. Die SVP wird sich diesen Plänen mit aller Vehemenz widersetzen.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

# Bilanz der Sommersession

## Das hat die SVP erreicht:

### Schärfere Voraussetzungen für die Einbürgerung

Wer den roten Pass will, muss künftig über eine Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung) verfügen und gut integriert sein - die öffentliche Ordnung achten, die Werte der Verfassung anerkennen, erwerbstätig sein und sich mündlich und schriftlich in einer Landessprache verständigen können. Entgegen dem Willen der SVP wurde die Mindestaufenthaltsdauer von heute zwölf auf zehn Jahre gesenkt.

### Mehr Rückübernahmeabkommen dank SVP

Das Parlament hat zwei Motionen der SVP-Fraktion überwiesen, die den Bundesrat beauftragen, Rückübernahmeabkommen mit diversen Staaten abzuschliessen und dafür zu sorgen, dass Algerien ein Durchführungsprotokoll zum Rückübernahmeabkommen unterzeichnet und Rückführungen zulässt.



### Nein zur Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“

Der Ständerat will dem Volk die Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ der Grünliberalen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfehlen. Die Initiative verlangt, dass die Mehrwertsteuer durch eine Steuer auf der Produktion und der Einfuhr nicht erneuerbarer Energien wie Öl, Gas, Kohle und Uran ersetzt wird. Die neue Energiesteuer soll dabei gleich viel Geld in die Bundeskasse spülen wie die Mehrwertsteuer heute, also über 20 Milliarden Franken.

## Das haben wir den Mitte-Parteien zu verdanken:

### Kontrollwahn wegen GAFI

Der Nationalrat hat der Umsetzung der Empfehlungen der „Groupe d'action financière“ (GAFI) zur Verschärfung der Geldwäschereiregeln entgegen dem Willen der SVP zugestimmt, wenn auch in einer abgeschwächteren Version: So sollen bspw. Bargeldzahlungen über 100'000 CHF nicht verboten werden. Neu sollen auch Personen in führenden Funktionen als politisch exponierte Personen (PEP) zählen, bei welchen Banken erhöhte Sorgfaltspflichten wahrnehmen müssen.

### Neue Fernsehgebühr ohne Ausnahme

Der Ständerat hat am Donnerstag entgegen dem Willen der SVP einer Änderung des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) zugestimmt. Damit muss jeder Schweizer Haushalt und jedes Schweizer Unternehmen künftig Radio- und TV-Gebühren zahlen - unabhängig davon, ob ein Radioapparat oder ein Fernseher vorhanden ist. Befristete Ausnahmen, wie sie der Nationalrat zulassen wollte, hat der Ständerat abgelehnt. Das Geschäft geht nun wieder an den Nationalrat. Der Gewerbeverband hat bereits das Referendum angekündigt.

### Höherer Unterhalt auch ohne Ehe

Gegen den Willen der SVP ist der Nationalrat auf eine Vorlage eingetreten, die den Kindesunterhalt neu regeln und bezüglich nicht miteinander verheirateter Paare ausbauen will. Damit würde im Unterhaltsrechts die Unterscheidung zwischen geschiedenen Paaren und ledigen Paaren quasi dahinfliegen. Die SVP bekämpft dieses Gesetzesvorhaben, welches einmal mehr die Bedeutung der Ehe herabsetzt.



## 4 Ecopop-Initiative

# Ecopop: Gut gemeint, aber ...

Es ist naiv zu glauben, man könne das Bevölkerungswachstum in der Schweiz dadurch beschränken, dass unsere Entwicklungshelfer weltweit Verhütungsmittel verteilen. Genau das aber will die Ecopop-Initiative.

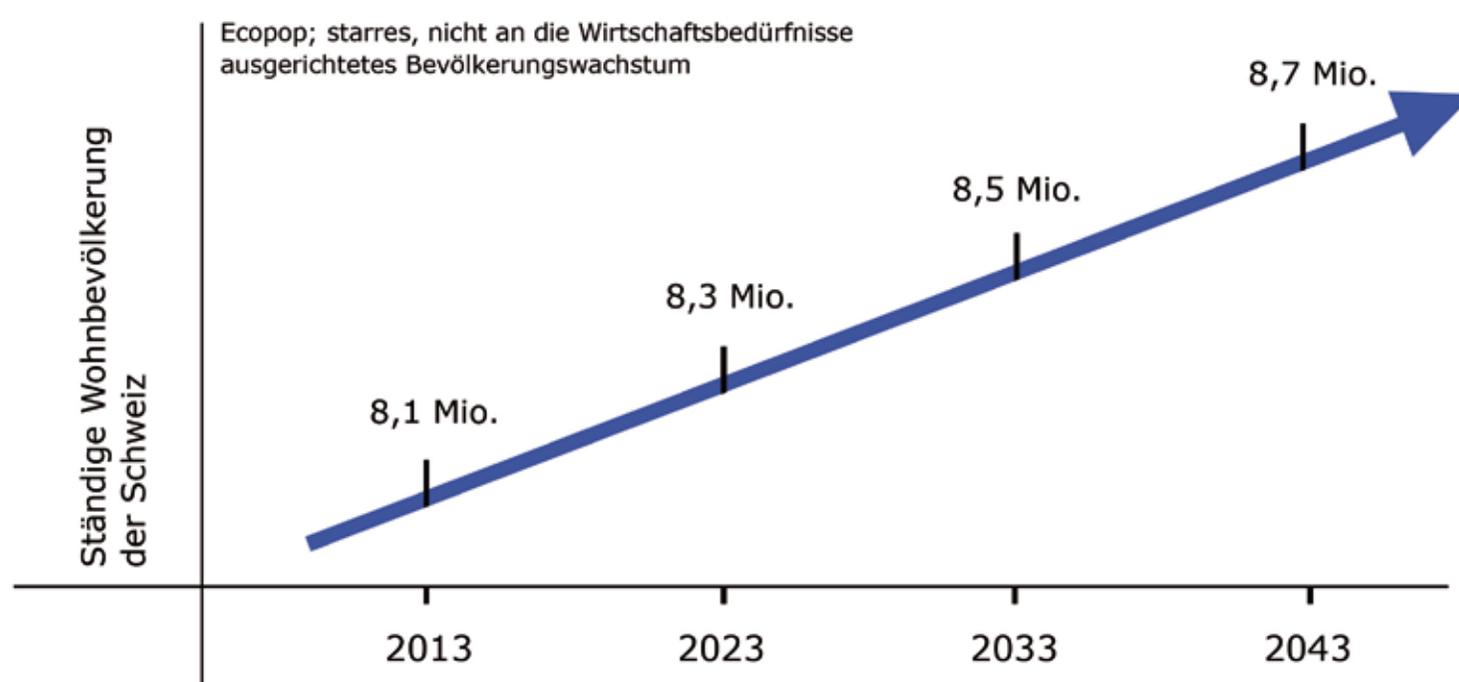
**K**eine Frage: Die Ecopop-Initiative nimmt ein wichtiges Anliegen auf. Und sie ist Ausdruck der grossen Sorge innerhalb der Bevölkerung gegenüber der masslosen Einwanderung in unser Land. Aber: Die Initiative schiesst weit übers Ziel hinaus. Sie verknüpft eine starre und rein quantitative Begrenzung der Zuwanderung mit dem Einsatz von 10 Prozent der Gelder der Entwicklungszusammenarbeit für die Familienplanung in den Entwicklungsländern. Ich sage: Es kann nicht Aufgabe der Schweiz sein, in anderen Ländern Familienplanung zu betreiben und entsprechende Massnahmen umzusetzen. Was soll jedes Jahr mit einer dreistelligen Millionen-summe aus Schweizer Steuergeldern bezahlt werden? Kondome in Kambodscha? Anti-Baby-Pillen in Äthiopien? Unterbindungen in der Mongolei?

**Bei den wahren Ursachen ansetzen**  
In den Medien werden die wahren Gründe der weltweiten Wanderungen meist ausgeblendet. Auch in unseren Beratungen der ausländer- und asylrechtlichen Erlasse im Parlament und in den Kommissionen werden die wirklichen Ursachen der Zuwanderung meist übergangen, und man beschränkt sich auf eine Bekämpfung der Symptome. Gerade bei den Revisionen des Asylgesetzes tun wir immer noch so, als ob die zahlreichen Asylsuchenden politisch Verfolgte wären, die hier in unserem Land Schutz vor ihren Häschern suchten. Damit wir uns richtig verstehen: Ich stelle keineswegs in Frage, dass es unter den vielen Asylsuchenden tatsächlich Personen gibt, die hier in Europa Schutz vor Verfolgung suchen. Wenn man sich aber die Bilder der unzähligen Flüchtlingsboote mit Frauen und Kindern vor Augen

führt, die seit Jahren von den afrikanischen Küsten Richtung Italien, Spanien und Malta aufbrechen und ihr Glück versuchen, wird schnell deutlich, dass die Ursachen dieser Flucht in aller Regel wirtschaftlicher Natur sind. Was immer auch die Beweggründe dieser Menschen für das Verlassen ihres Heimat- und Herkunftslandes sein mögen: Die Perspektivlosigkeit als Folge fehlender Lebens- und Existenzgrundlagen, als Folge von Armut und Unterentwicklung gehört weltweit zu den bedeutendsten Ursachen der Migration.

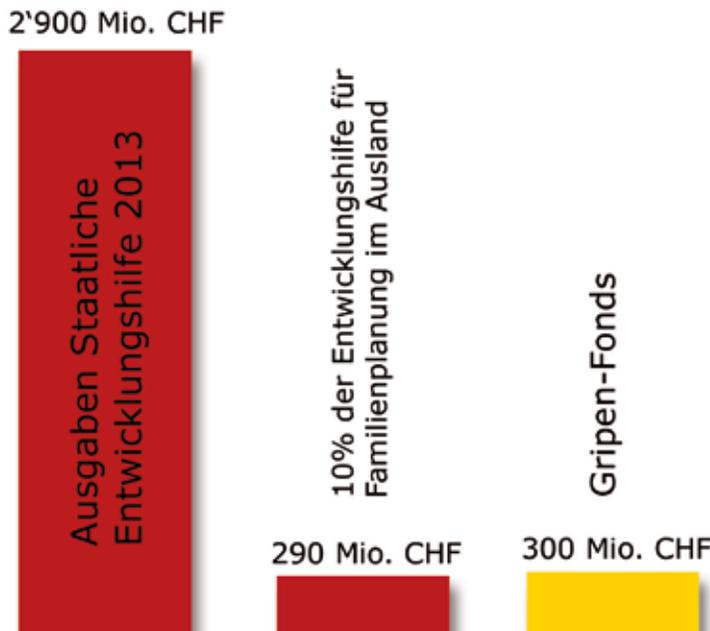
### Initiative schiesst übers Ziel hinaus

Eine Illusion ist es aber zu glauben, wie dass die Ecopop-Initianten tun, dass es die kleine Schweiz in der Hand hat, das globale Bevölkerungswachstum durch die Förderung einer freiwilligen Familienplanung wirksam zu steuern. Die Ecopop-Initiative



*Mit der Ecopop-Initiative können die Zuwanderungszahlen nicht mehr gesteuert werden. Die Bevölkerung nimmt einfach jährlich um maximal 0,2% zu, unabhängig davon, ob wir eine hohe Arbeitslosigkeit oder einen ausgetrockneten Arbeitsmarkt haben.*

## Ecopop: 290 Millionen für Familienplanung im Ausland



*Mit Ecopop hätte die Schweiz im 2013 knapp 300 Mio. CHF für die Familienplanung im Ausland ausgeben müssen.*

anzunehmen hiesse konkret, den Zuwanderungssaldo von derzeit rund 80'000 Personen pro Jahr ohne Übergangsfristen auf 16'000 Personen zu reduzieren. Es liegt auf der Hand, dass eine derart rasche und tiefgreifende Reduktion der Zuwanderung für die Schweiz in verschiedenster Hinsicht nicht verkraftbar wäre. Ich denke einerseits an die verheerenden Folgen dieser brüsken Zulassungsbegrenzung für unsere Unternehmen, andererseits an die praktischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Initiative. Gerade die kürzlich Annahme der Zweitwohnungs-Initiative hat uns deutlich vor Augen geführt, wohin verlockende, aber kaum realisierbare Zielsetzungen führen können.

### Masseneinwanderungsinitiative jetzt umsetzen

Mit Annahme der Masseneinwanderungsinitiative gilt es, die Zuwanderung in unser Land zu steuern und zu beschränken. Volk und Stände haben sich am 9. Februar dafür ausgesprochen. Für ein derart starres System und brüske Reduzierung der Zuwanderung – wie es die Ecopop-Initiative vorsieht – besteht deshalb seit der Annahme der Volksinitiative auch keine Veranlassung mehr.

### Durchsetzungsinitiative startbereit

Für die SVP-Fraktion ist es zentral, jetzt rasch die konsequente Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung sicherzustellen. Wir werden es nicht zulassen, dass die Abstimmungsverlierer die am 9. Februar beschlossene Verfassungsbestimmung verwässern. Der Bundesrat hat nun

am 20. Juni ein Konzept zur Umsetzung vorgelegt. Er hat sich beim Zulassungssystem in verschiedenen Punkten ganz offensichtlich am von der SVP erarbeiteten Umsetzungskonzept orientiert. Dies ist erfreulich. Dennoch gibt es im Hinblick auf die Vernehmlassungsvorlage beträchtlichen Nachbesserungsbedarf, z.B. in Bezug auf die zwingend notwendige Beschränkung des Familiennachzugs und des Zugangs zu den Sozialwerken, damit die Verfassungsbestimmung korrekt und wirkungsvoll umgesetzt werden kann. Für die SVP ist klar: Die Zuwanderung ist effektiv zu begrenzen und zu reduzieren.

Sollte sich herausstellen, dass die Umsetzung – wie auch bei der Ausschaffungsinitiative – hintertrieben werden soll, wird die SVP eine Volksinitiative lancieren, die den Bundesrat verpflichtet, das Abkommen über die Freizügigkeit zu kündigen. Die Parteileitung hat am 2. Juni den Auftrag erteilt, eine entsprechende Volksinitiative auszuarbeiten.



von Nationalrat  
Felix Müri,  
Emmenbrücke (LU)

## Was will die Ecopop-Initiative?

### Initiativtext

#### I Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

#### Art. 73a (neu) Bevölkerungszahl

1. Der Bund strebt auf dem Gebiet der Schweiz eine Einwohnerzahl auf einem Niveau an, auf dem die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind. Er unterstützt dieses Ziel auch in anderen Ländern, namentlich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.
2. Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen.
3. Der Bund investiert mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel in Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung.
4. Er darf keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen, die gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstossen oder Massnahmen verhindern oder erschweren, die zur Erreichung der Ziele dieses Artikels geeignet sind.



ABOVE AND BEYOND

DAS ORIGINAL KENNT  
KEINE ALTERNATIVEN.



[landrover.ch](http://landrover.ch)

# Aus den Fehlern anderer lernen

„Kluge Leute lernen aus den Fehlern anderer, der Durchschnitt aus eigenen Fehlern, der Dumme noch nicht einmal das.“ Der Autor dieser Weisheit ist mir unbekannt, aber sie trifft den Nagel in Sachen Einheitskasse auf den Kopf. Wir sollten aus den Erfahrungen anderer lernen – statt deren Fehler zu wiederholen. Die Schweizerinnen und Schweizer werden anlässlich der eidgenössischen Abstimmung vom 28. September 2014 das letzte Wort haben.

Die Schweiz verfügt über eines der qualitativ besten und effizientesten Gesundheitswesen der Welt. Das belegen selbst OECD-Studien. Zu verdanken ist dies der privatwirtschaftlichen und wettbewerbsorientierten Ausrichtung, die den Bürgerinnen und Bürgern als Versicherte und als Patienten Wahlfreiheit, Angebotsvielfalt, Qualität und Versorgungssicherheit bietet.

## Staatsmonopol Einheitskasse

Die Linken propagieren mit der Einheitskasse nun ein Staatsmonopol. In der innigen, sozialistischen – aber leider irrigen – Überzeugung, damit die Welt zu verbessern. Ein kurzer Blick ins Aus-

land genügt, um aufzuzeigen, dass der sozialistische Ansatz Schweizer Errungenschaften in der bürger- und patientenorientierten Gesundheitsversorgung ruinieren würden.

## Erschreckende Vergleiche mit dem Ausland

Frankreich kennt die staatliche nationale Krankenkasse. Rund 80% der Bevölkerung sind als Arbeitnehmer dort versichert. Die Prämien sind einkommensabhängig. Die Finanzierungslücken zahlen Arbeitgeber und Steuerzahler. Dennoch

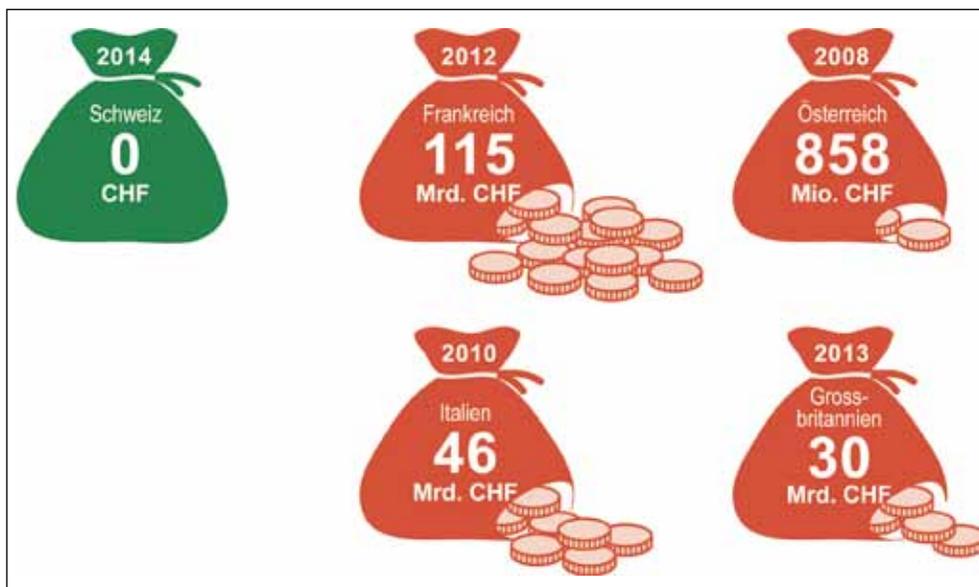
übersteigt die Nachfrage das Versorgungsangebot. Resultat: Die Einheitskasse ist mit über 115 Milliarden Franken überschuldet.

In Schweden, oft als Modell-Wohlfahrtsstaat gelobhudelt, zahlen die Bürger die

selbst herausfinden, in welchem Spital der nächste Operationstermin frei ist. Bei Engpässen werden sie zur Behandlung gar ins Ausland geschickt.

Auch in Österreich kann kaum jemand die eigene Kasse wählen. Die Einheits-

kasse Österreichs war bereits vor 6 Jahren mit 858 Millionen CHF verschuldet. Das Sanierungspaket wurde vom Steuerzahler berappt. Die politisch festgelegten Beitragssätze führten jedoch erneut in die Schuldenwirtschaft. Die nächste Sanierung steht bereits wieder an.



**Staatliche Einheitskassen und Gesundheitssysteme in Ausland sind im Gegensatz zur Schweiz hoch verschuldet.**

weltweit höchsten Sozialabgaben. Die Effizienz des Gesundheitswesens mit Staatskrankenkasse lässt trotzdem zu wünschen übrig. Die meistgeäusserte Kritik der Patienten sind die unglaublich langen Wartezeiten bis man zum Beispiel operiert werden kann.

## Garantierte Nebenwirkungen der Einheitskasse

In Dänemark, noch so ein Musterbeispiel der Einheitskassenverfechter, sind die Wartelisten in den Krankenhäusern noch länger. Patienten müssen teilweise

Die Liste der unerwünschten Nebenwirkungen der Einheitskasse, wie Schuldenwirtschaft, Qualitätsverlust, Wartezeiten, Einschränkung der Wahl- und Behandlungsfreiheiten liesse sich mit England, Italien oder auch mit Kanada oder USA erweitern. Die Fehler der anderen lehren uns: Hände weg von der Einheitskasse!



von Nationalrat  
Thomas de Courten,  
Rünenberg (BL)

## 8 Unsere Sicherheit

# Mit der Weiterentwicklung der Armee zu mehr Sicherheit

Die Armee hat den Auftrag, für die Sicherheit des Landes zu sorgen. Dazu waren wir nicht in der Lage. Deshalb haben wir in den letzten Jahren aufgrund einer Mängelliste konsequent Fehler behoben. Jetzt verbessern wir die Armee mit vier Massnahmen weiter, um die Einsatzbereitschaft und Schlagkraft massiv zu erhöhen. von Bundesrat Ueli Maurer, Chef des VBS, Wernetshausen (ZH)

### I Vier Massnahmen für mehr Sicherheit

1. Unsere Armee muss wieder schnell mobilisiert werden können. Angestrebt wird ein Mobilmachungssystem, das im Bedarfsfall – wie früher – ein schnelles Aufbieten und eine schnelle Reaktion erlaubt.

2. Unsere Truppen müssen vollständig ausgerüstet sein. Materialbestände sind zu erhöhen und das Material ist dezentral zu lagern, damit es schnell zur Verfügung steht. Mit der vollständigen Ausrüstung können unsere Verbände auch tatsächlich eingesetzt werden.

3. Unsere Soldaten und Kader müssen derart gut ausgebildet sein, dass

sie direkt eingesetzt werden können. Wir setzen dabei auf unsere Miliz und

**«Mit dieser Weiterentwicklung der Armee werden wir der aktuellen Bedrohungslage gerecht, die durch zunehmende Unsicherheit und plötzliche Überraschungen geprägt ist.»**

BUNDESRAT UELI MAURER

geben ihnen die Gelegenheit, im Truppendienst vertiefte Erfahrungen zu sammeln: Dazu werden jährlich noch zwei Rekrutenschulen durchgeführt, die 18 Wochen dauern sollen. Jeder Dienstpflichtige wird wieder eine vollständige Rekrutenschule absolvieren

und Kader werden ihren Grad abverdienen.

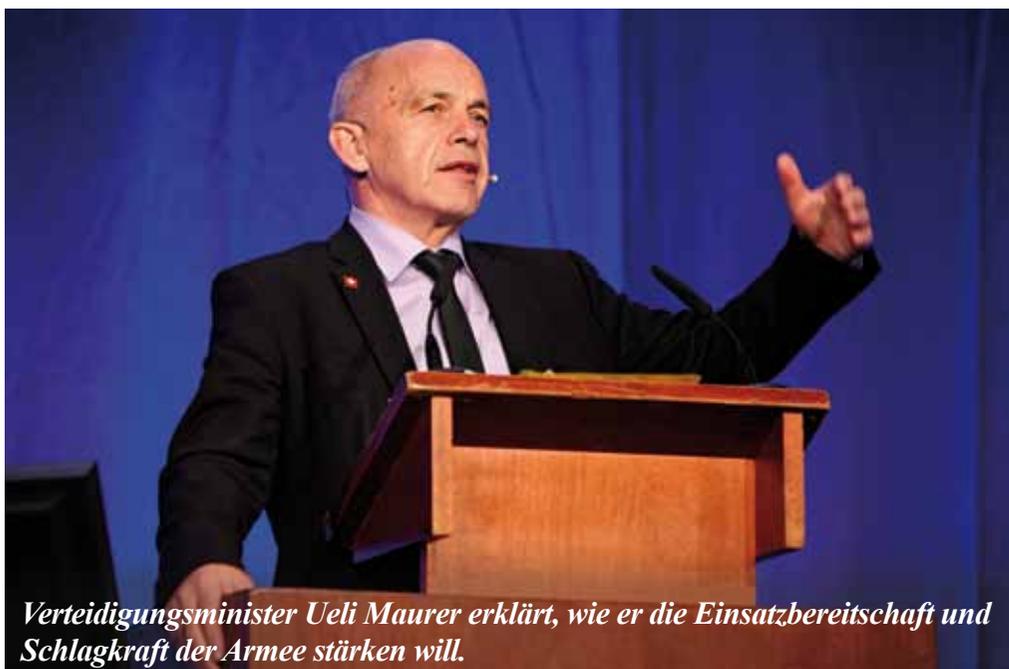
4. Die Armee ist zu regionalisieren. Die Einheiten werden grösstenteils den vier Territorialdivisionen unterstellt. Damit wird unserem Föderalismus Rechnung getragen, die Armee in den Regionen wieder besser verankert und die Soldaten absolvieren den Dienst dort, wo sie auch eingesetzt würden.

Mit diesen vier Massnahmen korrigieren wir die Fehler der vergangenen Armeereformen. Die Armee gewinnt an Schlagkraft und ist wieder aus dem Stande einsetzbar.

Verglichen mit der Armee von gestern, die nur bedingt eingesetzt werden konnte, ist das ein entscheidender Gewinn an Sicherheit. Mit dieser Weiterentwicklung der Armee werden wir der aktuellen Bedrohungslage gerecht, die durch zunehmende Unsicherheit und plötzliche Überraschungen geprägt ist.

### II Die Armee ist ein Gesamtsystem

Die Armee besteht aus verschiedenen Waffengattungen, die alle notwendig sind, damit das Gesamtsystem Landesverteidigung funktioniert. Es braucht ebenso Infanterie wie Artillerie, Sanitätstruppen wie Übermittlungstruppen usw. – alleine für sich erzielen sie nur begrenzt Wirkung, erst zusammen



Verteidigungsminister Ueli Maurer erklärt, wie er die Einsatzbereitschaft und Schlagkraft der Armee stärken will.



Seit 1950 rüstet die Unternehmung MOWAG die Schweizer Armee mit Militärfahrzeugen aus.

Seit jeher verwendete die Armee ihre Mittel jeweils dazu, um technologisch auf dem neusten Stand zu sein. Auch in Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass sich die Armee angemessen ausrüsten kann. Um die volle Einsatzbereitschaft wiederherzustellen, braucht die Armee dringend ein Budget von 5 Milliarden Franken.

«Das Volk hat die Beschaffung des Gripen abgelehnt. Dieser Entscheid ist zu akzeptieren. Das bedeutet zweierlei: Kurzfristig ist der Fokus nun auf die Sicherheit am Boden zu richten.»

BUNDESRAT UELI MAURER

können die verschiedenen Elemente für Sicherheit sorgen.

Dieses Gesamtsystem muss langfristig unterhalten und stetig erneuert werden, um mit neuen technologischen Entwicklungen Schritt zu halten. Ein funktionierendes Gesamtsystem Landesverteidigung setzt darum auch voraus, dass ein Gleichgewicht zwischen Betriebskosten und Neuinvestitionen besteht. Die Armee braucht eine zweckmässige, moderne Ausrüstung, was den Verzicht auf unnötigen Ballast bedingt.

Um die volle Einsatzbereitschaft wiederherzustellen, braucht die Armee in Zukunft dringend ein Budget von 5 Milliarden Franken.

### III Konsequenzen der Gripen-Abstimmung

Das Volk hat die Beschaffung des Gri-



pen abgelehnt. Dieser Entscheid ist zu akzeptieren. Das bedeutet zweierlei: Kurzfristig ist der Fokus nun auf die Sicherheit am Boden zu richten. Die für die Modernisierung der Luftwaffe vorgesehenen Mittel sind stattdessen in die Ausrüstung der Bodentruppen zu investieren.

Die Sicherheitslücke, die nun dadurch in der Luft entsteht, muss zeitgerecht geschlossen werden.

### IV Fazit

Wir haben in den letzten Jahren die Mängel behoben, die überstürzte Armeereformen verursacht haben. Jetzt geht es darum, dass wir durch die Weiterentwicklung der Armee in der Lage sind, den verfassungsmässigen Auftrag umfassend zu erfüllen: Die Verteidigungsfähigkeit und die Gefahrenabwehr in ausserordentlichen Lagen sicherstellen. Dazu braucht die Armee in den nächsten Jahren die entsprechenden Ressourcen.

# Wir sind keine Einheitspatienten!



**NEIN**

ZUR  
**EINHEITSKASSE**

AM 28. SEPTEMBER

Überparteiliches Komitee:

[www.einheitskasse-nein.ch](http://www.einheitskasse-nein.ch)

## SVP bi de Lüt

Da die Session schon einige Wochen her ist, sind die meisten Sessionsrückblicke bereits vorüber. Wir danken den organisierenden Sektionen und folgenden SVP-Nationalräten für die Durchführung eines Anlasses in den letzten Wochen:

Thomas Aeschi, Adrian Amstutz, Caspar Baader, Roland Borer, Heinz Brand, Toni Brunner, Roland Rino Büchel, André Bugnon, Thomas de Courten, Roland Eberle, Hans Egloff, Yvette Estermann, Sylvia Flückiger, Hannes Germann, Jean-Pierre Grin, Markus Hausammann, Alfred Heer, Verena Herzog, Thomas Hurter, Rudolf Joder, Peter Keller, Hans Killer, Hansjörg Knecht, Thomas Matter, Christoph Mörgeli, Thomas Müller, Yves Niedegger, Guy Parmelin, Nadja Pierren, Maximilian Reimann, Albert Röstli, Pierre Rusconi, Gregor A. Rutz, Jürg Stahl, Luzi Stamm, Pierre-François Veillon, Hansjörg Walter, Hansruedi Wandfluh, Walter Wobmann

*Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie unsere Nationalräte persönlich :*



### Kanton Bern



Nationalrat  
Andreas Aebi (BE)

**20. August 2014, 20.00 Uhr**

Rest. Alpenrose Bumbach, Schangnau



### Kanton Genf



Nationalrätin  
Céline Amaudruz (GE)

**4. September 2014, 19.00 Uhr**

Salle des Délices,  
Rte de Colovrex 20, Grand Saconnex



### Kanton Graubünden



Nationalrat  
Heinz Brand (GR)

**18. Juli 2014, 19.00 Uhr**

Grotto Baita, Sta. Maria i. C.



### Kanton St. Gallen



Nationalrat  
Roland Rino Büchel (SG)

**7. Juli 2014, 19.30 Uhr**

Sozial-Zentrum, Götzis



### Kanton Tessin



Nationalrat  
Pierre Rusconi (TI)

**8. Juli 2014, 20.00 Uhr**

Rivera, Rist. Bricola



### Kanton Zürich



Nationalrat  
Max Binder (ZH)

**26. August 2014, 19.30 Uhr**

Rest. Rössli, Illnau



Nationalrat  
Thomas Matter (ZH)

**5. September 2014, 13.00 Uhr**

Eventhalle, Bündner Herbstmesse,  
Belmontstrasse 1, Chur

# Mobilisierung

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

## Mobilisierung

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

Überlassen Sie Kalkschutz und Korrosion nicht dem Zufall - damit Wasser **WASSER** bleibt.



SIROX Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14  
www.sirox.ch info@sirox.ch

ÜBERSETZEN,  
LEKTORIEREN, REDIGIEREN  
**AAREPTAN**  
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen  
056 622 33 44, www.aareptan.ch  
aareptan@gmail.com

## INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie.  
Informationen erhalten Sie per E-Mail an [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)

## Finden Sie uns auf Facebook!

[facebook.com/SVPch](https://facebook.com/SVPch)



### IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch) | [www.svp.ch](http://www.svp.ch) | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlament.ch, VBS 3003 Bern.

## Die Fraktion besucht die Zentralschweiz



*Am Seeufer um Ägersee (ZG), inszeniert Nationalrat Thomas Aeschi, Organisator des Ausfluges, mit einigen Freiwilligen die Schlacht von Morgarten. Im 2015 finden die 700 - Jahr Jubiläumsfeierlichkeiten statt.*



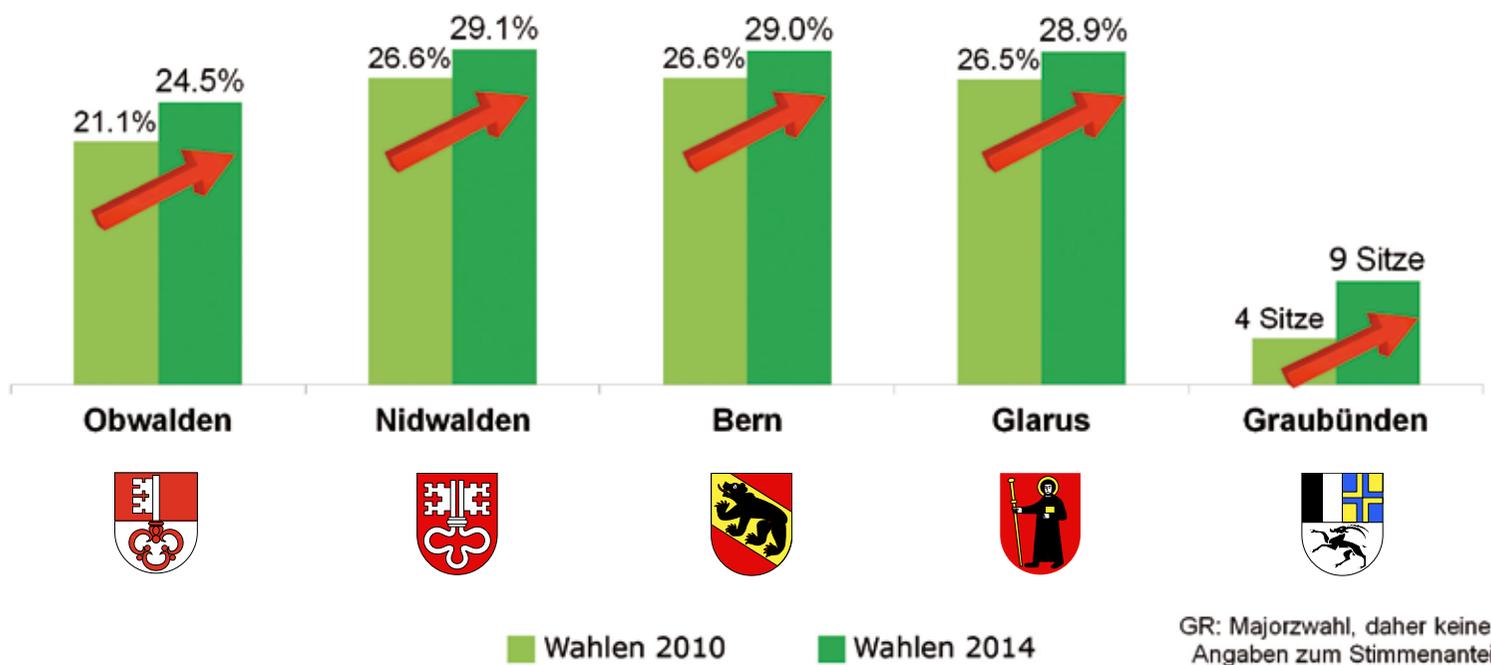
*Unser parteieigener Historiker, Nationalrat Peter Keller, liess die über 100 Ausflügler in die damalige Epoche vor 700 Jahren eintauchen.*



*Nach einer kurzen Rede von Bundesrat Ueli Maurer, bereitete uns die Firma VZug einen herzlichen Empfang, welcher musikalisch vom Trio „Fry Zyt Musikanten“ begleitet wurde.*

## SVP konnte in 14 von 18 kantonalen Wahlen zulegen

Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen in 14 von 18 kantonalen Parlamenten Wähleranteile dazugewonnen, seit Anfang Jahr allein in fünf Kantonen. Sie will auch noch in den verbleibenden acht kantonalen Wahlen der laufenden Legislatur zulegen, um ihre Politik für eine freie und sichere Schweiz verstärkt durchzusetzen.



### Veränderung der Wähleranteile der SVP in kantonalen Parlamenten seit dem 1. Januar 2014.

Im Kampf um den Glarner Ständeratsitz des zurückgetretenen Fraktionsmitglieds This Jenny konnte sich am 1. Juni 2014 der SVP-Kandidat Werner Hösli klar gegen seine beiden Mitbewerber durchsetzen. Annähernd jeder zweite Wähler (49 Prozent) schenkte Hösli sein Vertrauen. Der 52-jährige leitet das Alterszentrum in Schwanden.

Bei den gleichzeitigen Wahlen ins Glarner Kantonsparlament (Landrat) konnte die SVP ihren Wähleranteil von 26,5 auf 28,9 Prozentpunkte ausbauen. Für einen zusätzlichen Sitz reichte es leider ganz knapp nicht. Die SVP bleibt mit 17 der 60 Sitze aber die mit Abstand stärkste Fraktion. FDP, CVP und BDP verzeichneten Wählereinbussen um bis zu 1,4 Prozentpunkte, die SP verlor sogar 2,4 Prozentpunkte. BDP und SP mussten je einen Sitz an die Grünliberalen abtreten,

die neu im Landrat vertreten sind.

Bereits bei den Wahlen ins Berner Kantonsparlament (Grosser Rat) im März 2014 konnte die SVP um 2,4 Prozent auf 29 Prozent Wähleranteil zulegen und di-

**«Allein in diesem Jahr konnte die SVP bei allen fünf kantonalen Parlamentswahlen Wähleranteile dazugewinnen (Obwalden, Nidwalden, Bern, Graubünden und Glarus).»**

stanzierte die übrigen grossen Parteien deutlich (SP +0,2%, BDP -4,8%, FDP +0,4%, Grüne -0,3%). Sie ist heute ungefähr gleich stark wie die FDP, die BDP und die GLP zusammen (28,6%).

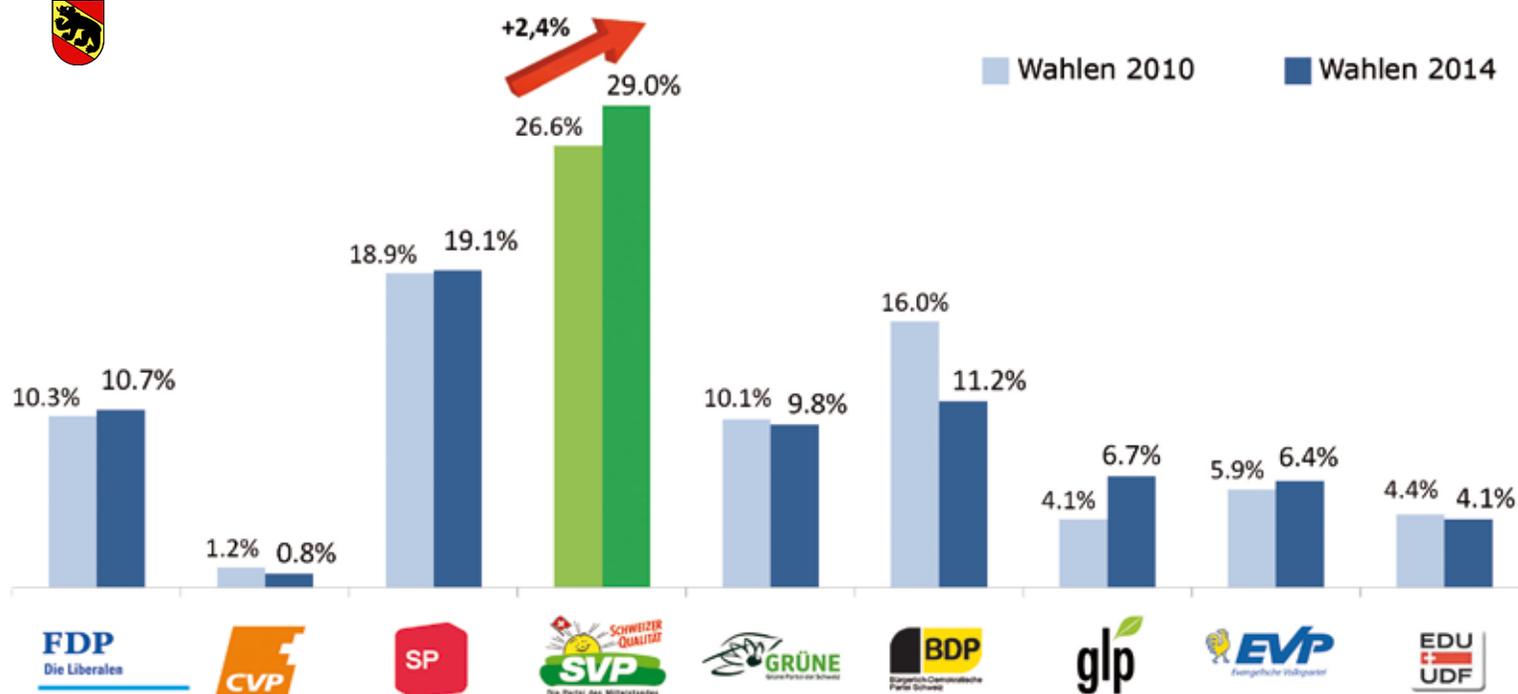
Allein in diesem Jahr konnte die SVP bei

allen fünf kantonalen Parlamentswahlen Wähleranteile dazugewinnen (Obwalden, Nidwalden, Bern, Graubünden und Glarus). Der Wählerzuwachs lag durchgängig im Bereich von +2,4 bis +3,4 Prozentpunkten; neun Parlamentssitze konnten dazugewonnen werden. In Nidwalden gingen trotz Wählerzuwachs von 2,5 % aufgrund des neuen Wahlsystems – doppelter Pukelsheim – zwei Sitze verloren. Die FDP verlor in vier Kantonen Wähleranteile, die SP in einem, die CVP in allen Wahlen.

### Zwischenbilanz seit 2011

Die SVP konnte seit den letzten Nationalratswahlen im Oktober 2011 in 14 von 18 Kantonsparlamenten ihren Wähleranteil ausbauen. Sie hat dort gesamthaft sieben Sitze dazugewonnen, trotz schmerzlicher Verluste in den Kantonen Thurgau (10 Sitze), St. Gallen und

## Wähleranteile Kanton Bern 2010 und 2014



**Die SVP Kanton Bern konnte am 30. März 2014 den Wähleranteil um + 2.4% auf 29% erhöhen.**

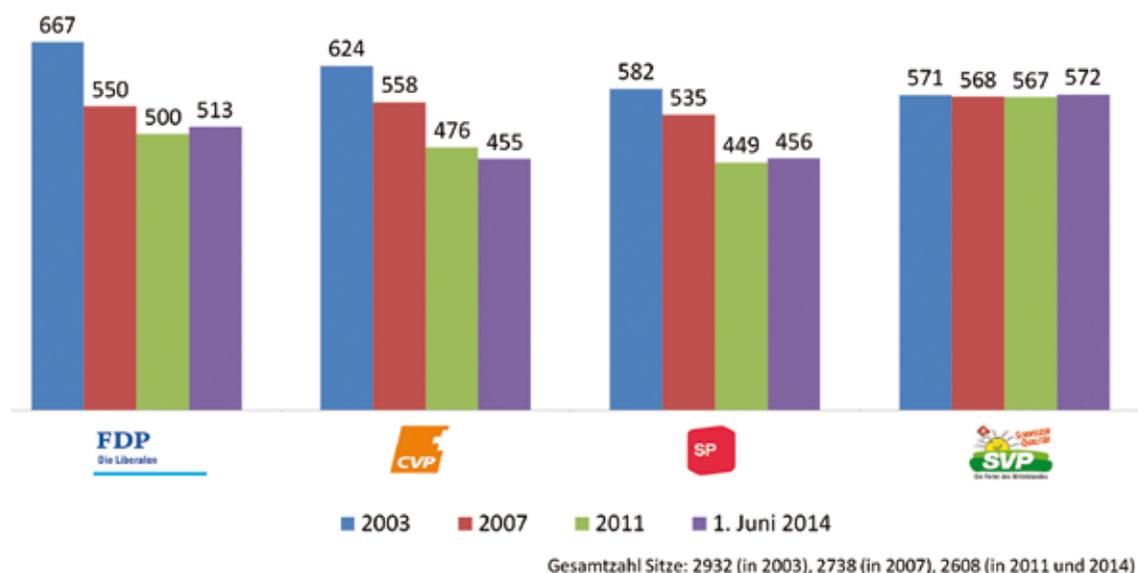
Schwyz (je 6 Sitze). Die Wahlen verloren hat die SVP in jenen vier Kantonen, in denen sie vier Jahre zuvor unmittelbar nach der Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat und den sehr erfolgreichen Nationalratswahlen 2007 besonders stark zugelegt hatte (zum Beispiel in Uri: von neun auf 18, dann auf 14 Sitze).

Gegenwärtig verfügt die SVP in den Kantonsparlamenten zusammengezählt über 572 Sitze. Dies ist gut ein Fünftel (22 Prozent) aller Sitze. Sie konnte ihren Sitzanteil gegenüber 2003 um drei Prozentpunkte ausbauen (von 571 von 2932 Sitzen auf 572 von 2608 Sitzen). Im gleichen Zeitraum verloren die CVP vier Prozentpunkte (von 624 auf 455 Sitze), die FDP drei (von 667 auf 512 Sitze) und die SP gleichfalls drei Prozentpunkte (von 582 auf 456 Sitze).

In den Kantonsregierungen ist die SVP mit 22 Sitzen immer noch stark untervertreten (14 Prozent aller Sitze), verfügt aber über mehr kantonale Regierungssitze als

je zuvor. Der Trend stimmt: Seit 2012 konnte sie ihre Vertretung in fünf Kantonsregierungen ausbauen. Es sind dies Schwyz (von zwei auf drei Sitze), Basel-Land, Wallis, Neuenburg und Glarus (je ein Sitz neu). In Appenzell Ausserrhoden ging ein Sitz verloren. Im gleichen Zeitraum verloren die FDP und die CVP je einen Sitz, die SP blieb unverändert. Die SVP ist bereit, in den Kantonsregierungen mehr Führungsverantwortung zu übernehmen, jedoch nicht auf Kosten ihrer klaren Politik zugunsten einer unabhängigen Schweiz und freien Bürgern.

Bis zu den Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015 will die SVP ihre Stellung in den Kantonsparlamenten weiter ausbauen. In acht Kantonen stehen noch Wahlen an. Im Herbst wählt Zug, anschliessend wählen Basel-Land, Luzern, Tessin, der Kanton Zürich, die beiden Appenzell und der Jura. Die SVP muss weiter wachsen, so lange die übrigen Parteien einer ungezügelten Einwanderung, dem Verlust an nationaler Unabhängigkeit und wachsenden Staatsausgaben weiter nachgeben.



**Entwicklung der Anzahl Sitze ausgewählter Parteien in den Kantonsparlamenten. (Stand 24. Juni 2014)**

# WIR VERSTEHEN MENSCH, WASSER UND WÄRME.



## Fussbodenheizungen sanieren statt ersetzen.

Nach einer Betriebszeit von 25 Jahren empfiehlt sich eine Zustandsanalyse Ihrer Fussbodenheizung. Aus folgendem Grund: Zwischen 1970 und Anfang der 1990-er Jahre wurden einfache Kunststoffrohre verbaut. Diese werden mit der Zeit spröde, es bilden sich Risse und sie werden sauerstoffdurchlässig. Durch die daraus entstehende Korrosion bilden sich Ablagerungen, welche die Heizleistung senken. Eine rechtzeitige Sanierung mit dem HAT-System verhindert eine teure und langwierige Totalsanierung und steigert zudem wieder die Effizienz Ihrer Fussbodenheizung. Mittels Sandstrahlverfahren werden dabei die Rohrrinnenwände zuerst gereinigt. Anschliessend wird das Beschichtungsmaterial durch das Rohrsystem geblasen und bildet so nach der Austrocknungszeit ein neues Rohr im Rohr.

### Bitte nicht spülen

Im Gegensatz zu Spülungen, die lediglich einen Teil der Verschmutzung beseitigen, nicht aber die Versprödung, macht das HAT-System Leitungen wieder fit für weitere Jahrzehnte im Einsatz. Mit dem HAT-System beschichtete Rohre sind sauerstoffdicht nach DIN 4726 und somit wieder neuwertig. Und: Die Baustelle im Schlafzimmer wird verhindert.



## Trinkwasserleitungen ohne Epoxidharz sanieren.

Auch an Trinkwasserleitungen nagt der Zahn der Zeit. Stahlrohre leiden unter Rost, in Kupferleitungen kann sich Lochfrass bilden, Kunststoffrohre werden spröde. Dies führt jährlich zu zahlreichen Leitungsbrüchen. Solche Ereignisse sind für Hausbesitzer und Mieter ärgerlich und mit viel Aufwand und Kosten verbunden. Auch ANROSAN arbeitet nach dem bewährten Prinzip der Rohrrinnensanierung. Die Naef GROUP setzt dabei auf ein rein natürliches Gemisch aus Zement, Quarzsand und Wasser und kommt gänzlich ohne den Einsatz von Epoxidharz aus.

### Erstes zertifiziertes Verfahren

ANROSAN ist das erste System der Schweiz, welches nachweislich alle vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) und den kantonalen Laboratorien auferlegten Prüfrichtlinien einhält und zusätzlich nach DIN-Certco zertifiziert ist. Die Zementmischung bietet, im Gegensatz zu anderen Beschichtungsmaterialien wie etwa Epoxidharz, Keimen keinen Nährboden. Die Zementbeschichtung von Rohrleitungen ist seit mehr als 70 Jahren in den Leitungen öffentlicher Trinkwasserversorgungen bekannt und bewährt. ANROSAN ist das erste Verfahren weltweit, welches sich nahtlos auf wechselnde Rohrmaterialien anwenden lässt.



## Macht jeden Boden zur Heizung.

Alte Radiatorsysteme weisen Defizite bei der Wärmeverteilung im Raum auf. Sie fressen eine grosse Menge an Energie und sind kostenineffizient. Die Fussbodenheizung ist eine angenehme und energetisch effiziente Alternative. Die Naef GROUP bietet mit dem JK-System eine revolutionäre Methode zur nachträglichen Installation von Fussbodenheizungen. In den rohen Unterlagsboden wird mit einer patentierten Fräsmaschine völlig staubfrei ein Rillenmuster eingefräst. In diese Vertiefungen passen die Spezialisten der Naef GROUP die Heizungsrohre ein.

### Anwendbar auf alle Unterlagsböden

Die Methode lässt sich bei 99% aller Unterlagsböden anwenden. Dank der innovativen Frästechnik ist eine zusätzliche Aufbauschicht oder das Entfernen des Unterlagsbodens nicht notwendig und die Raumhöhe bleibt unverändert. Mit dem JK-System installierte Fussbodenheizungen bringen weitere Vorteile: Die Heizungsrohre liegen direkt unter dem Bodenbelag, wodurch sich die Temperatur schneller und genauer regulieren lässt als bei herkömmlichen Heizungen. Die im Vergleich zu anderen Heizsystemen geringere Vorlauf-temperatur von lediglich 30° bis 40° Grad senkt zudem den Energieverbrauch.

KONTAKTIEREN SIE UNS JETZT FÜR EIN  
UNVERBINDLICHES BERATUNGSGESPRÄCH.  
GRATIS-HOTLINE: 0800 48 00 48  
[www.naef-group.com](http://www.naef-group.com)

 Naef  
GROUP